



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Stellv. Pressesprecher
Dr. Jörg Nickel

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0178/28 49 591

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 093.11 / 11.02.2011

Grüne bringen Landtagsantrag ein:

Länderfinanzausgleich ergebnisoffen reformieren

Die Grüne Landtagsfraktion bringt für den kommenden Landtag einen Landtagsantrag zum Länderfinanzausgleich ein (Drs. 17/1276). Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Monika Heinold**:

Etwas ungewöhnlich für eine Opposition, aber an dieser Stelle ausnahmsweise gerechtfertigt: Unser Antrag beginnt mit einem Lob für die Landesregierung. Im Finanzausschuss hat sie zugesagt, sich frühzeitig und ergebnisoffen um die Reform des Länderfinanzausgleiches zu kümmern.

Nun sollte sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag positionieren. Dazu haben wir einen Landtagsantrag eingebracht, welcher erste Eckpfeiler für eine Reform benennt.

Dabei ist uns Grünen wichtig, dass das Solidarprinzip der Bundesländer nicht in Frage gestellt wird. Vergleichbare Lebensbedingungen sind Grundlage unseres Sozialstaates, die Strukturschwäche einzelnen Länder muss solidarisch ausgeglichen werden. Eine Reform wird aber nur gelingen, wenn wir auch die Kritik derjenigen Bundesländer ernst nehmen, welche sich hoch verschulden müssen, um ihren Solidarbeitrag zu leisten.

Deshalb fordern wir eine ergebnisoffene Prüfung: Wie kann ein Anreiz geschaffen werden, damit es sich für die Bundesländer lohnt, ihre Einnahmen zu verbessern? Welche Stellschrauben müssen geändert werden, damit ein neuer Finanzausgleich Länderfusionen unterstützt, statt sie zu behindern? Ist es sinnvoll, den horizontalen Ausgleich

durch einen vertikalen zu ersetzen, indem zum Beispiel die Verteilung der Länder-Umsatzsteuerpunkte an die Strukturdaten der Länder geknüpft wird?

Mit dem Solidarpakt II zwischen Bund und Ländern wurde die bestehende Finanzverfassung bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. Mit dem Ablauf dieser Frist soll ein neues Finanzausgleichssystem in Kraft gesetzt werden.

Schleswig-Holstein ist auf die Solidarität der anderen Länder angewiesen. Deshalb fordern wir alle Fraktionen auf, sich frühzeitig in die Debatte einzumischen und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Vielleicht gelingt ja, dass wir uns über die Parteigrenzen hinweg für eine gute Lösung in Berlin einsetzen. Streitereien gibt es an anderer Stelle genug.
